



Meilenstein: Der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski (links) und der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher (rechts) bei der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages am 17. Juni 1991 in Bonn. © Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Einführung

Der Untergang des kommunistischen Systems in Polen 1989, der Zusammenbruch der DDR und die darauffolgende deutsche Wiedervereinigung im Jahr 1990 waren die Voraussetzungen für die Entwicklung einer grundsätzlich neuen Qualität der deutsch-polnischen Beziehungen.

Bereits im Artikel 1(2) des am 12. September 1990 abgeschlossenen „2+4-Vertrages“ wurde die völkerrechtlich verbindliche Regelung der deutsch-polnischen Grenze gefordert, weshalb kurze Zeit später, am 14. November 1990, der deutsch-polnische Grenzbestätigungsvertrag zwischen beiden Ländern abgeschlossen wurde. Am 17. Juni 1991 folgte die Unterzeichnung des „Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen“, der unter anderem die Zusammenarbeit in den Bereichen der Politik, der Wirtschaft, der Kultur und des Bildungswesens auf eine neue Grundlage stellen sollte. Als Vorbild galt dabei die Gestaltung der Beziehungen zu Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg. Außerdem wurde in dem Vertrag die Existenz einer deutschen Minderheit in Polen bestätigt, die bis zum Jahr 1989 von offizieller polnischer Seite geleugnet worden war. Die damit verbundenen Regelungen der politischen und kulturellen Minderheitenrechte waren insofern von Bedeutung, als in Oberschlesien, wo seit 1945 der Großteil der verbliebenen deutschstämmigen bzw. sich zur deutschen Sprache und Kultur bekennenden Bevölkerung lebte, ein deutsches Kulturleben untersagt war. Im Gegenzug wurden auch die Rechte von deutschen Staatsbürgern, „die polnischer Abstammung sind oder die sich zur polnischen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen“, geregelt. Sie wurden allerdings nicht als Minderheit anerkannt, weil sie nach deutscher Rechtsauffassung keine historisch gewachsene Minderheit darstellen (wie Dänen und Sorben), sondern sich seit der Industrialisierung am Ende des 19. Jahrhunderts bis in die jüngste Zeit in Deutschland ansiedelten. Infolge des Nachbarschaftsvertrages wurden verschiedene politische und kulturelle Einrichtungen ins Leben gerufen, die der neuen Qualität der Beziehung Ausdruck verliehen. In Anlehnung an das bereits seit 1963 bestehende Deutsch-Französische Jugendwerk wurde das Deutsch-Polnische Jugendwerk mit Sitz in Potsdam und Warschau gegründet, um den Jugend- und Schüleraustausch zu fördern. Bis heute haben über 2,5 Millionen Jugendliche aus Deutschland und Polen am Jugendaustausch teilgenommen.

Erfreulicherweise stieg auch die Zahl der Städtepartnerschaften von 54 im Jahr 1989 bis heute auf über 650. Ebenso wurde die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit eingerichtet, die seit 1991 Projekte zur deutsch-polnischen Verständigung finanziert.

Die neu geschaffenen politischen Verhältnisse hatten auch einen verstärkten Ausbau der Wirtschaftskontakte zur Folge. Mit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union 2004 eröffneten sich auch für polnische Unternehmen neue Chancen auf dem deutschen Markt. Im Jahr 2020 ist Deutschland mit einem Handelsvolumen von 123 Milliarden Euro Polens wichtigster Handelspartner, aber auch umgekehrt ist Polen in den letzten Jahren als Deutschlands Handelspartner aufgestiegen und befindet sich auf dem fünften Platz, noch vor Italien und Großbritannien. Dabei liegt der Anteil aller Gesamtexporte Polens nach Deutschland bei ca. 29 Prozent und der Anteil deutscher Importe bei ca. 22 Prozent.

Trotz aller Regelungen in den Verträgen und dem Engagement beider Regierungen für den Aufbau einer guten Nachbarschaft in den 1990er Jahren war das deutsch-polnische Verhältnis auf der politischen Ebene nicht vor Rückschlägen gefeit. Dabei spielten häufig der Umgang mit der Geschichte sowie aktuelle europäische Fragen eine bedeutende Rolle.

Obwohl eine offene und selbstkritische Aufarbeitung der Geschichte weiter vorangetrieben wurde, machten verschiedene Diskussionen die Schwierigkeiten bei der Aufarbeitung der Vergangenheit beider Länder immer wieder deutlich. Dies wurde unter anderem sichtbar an einer Debatte über den dreiteiligen ZDF-Fernsehfilm „Unsere Väter, unsere Mütter“, der im Jahr 2013 ausgestrahlt wurde und in Polen auf heftige Kritik stieß. Die Darstellung der polnischen Heimatarmee als antisemitisch war für Polen in dieser Form und im Kontext der Verbrechen des Nationalsozialismus nicht akzeptabel. Nachdem ein Angehöriger der Heimatarmee bei dem Berufungsgericht in Krakau klagte, wurden ZDF, ZDF Neo und 3 Sat acht Jahre später zu der Nachreichung einer öffentlichen, länderübergreifenden Entschuldigung verurteilt. Auch im Zuge der Debatte über deutsche Opfer des alliierten Bombenkriegs und der Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ entzündeten sich ein ums andere Mal inhaltliche und politische Kontroversen, bevor im Jahr 2008 die Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ihre Arbeit aufnahm, im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert wachzuhalten. Außerdem ist in Polen die Thematik deutscher Kriegsverbrechen seit den 1990er durchgängig aktuell und seit 2017 verstärkt von Reparationsforderungen begleitet. Zu dem Zeitpunkt setzte die Regierung sogar einen Parlamentsausschuss ein, um die Höhe der Entschädigungen zu ermitteln, welche Polen zustehen sollte.

Das Ergebnis der Parlamentswahlen 2015 in Polen, bei dem die national-konservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (*Prawo i Sprawiedliwość*, {*prawo i sprawiädliwoschtsch*}) unter der Führung von Jarosław Kaczyński die absolute Mehrheit erlangte, führte zu einer zunehmenden Distanz im politischen Verhältnis beider Länder – zumal die neue PiS-Regierung damit begann, den polnischen Staat in wichtigen Bereichen grundlegend umzubauen und dadurch mit der Europäischen Union in einen offenen Konflikt trat. So wurde nach der Regierungsübernahme das Verfassungsgericht de facto der Sejm-Mehrheit unterstellt und auch die öffentlichen Medien mit parteinahen Personen besetzt. Das radikale Vorgehen der PiS hat sowohl in der EU als auch in Polen selbst massive Kritik hervorgerufen. Die EU strebte sogar erstmals ein Verfahren zur Prüfung der Rechtsstaatlichkeit eines Mitgliedsstaates an. In Polen selbst gingen schon bald Zehntausende Gegner der Regierung auf die Straße und demonstrierten für die Demokratie. Die polnische Gesellschaft ist in ihrer Haltung zu der Regierung tief gespalten, dennoch wurde die PiS-Partei 2019 erneut bei den Parlamentswahlen gewählt. Ein Kompromiss über die Konfrontationslinien hinweg ist nicht absehbar. Die deutsche Regierung hingegen ist sichtlich darum bemüht, die in den vergangenen 30 Jahren erreichten Ziele und Erfolge einer gutnachbarschaftlichen Politik mit Polen nicht durch tagespolitische Differenzen aufs Spiel zu setzen.

Trotz einer positiven Entwicklung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher, kultureller und zwischenmenschlicher Ebene, assoziieren die Polen Deutschland primär mit Krieg und Besatzung. Die zweithäufigsten Assoziationen liegen bei der neutralen Wahrnehmung von Deutschland als Staat und Nachbarland, aber auch der Wohlstand und hohe Lebensstandard der Deutschen wird oft genannt. Besonders positiv werden die deutsche Wirtschaft, Demokratie und die bürgerlichen Freiheiten bewertet. Die Deutschen verbinden Polen hingegen am stärksten mit Urlaub, Tourismus und schönen Landschaften, nicht selten aber auch neutral als ein Nachbarland, oder das Land der „billigen“ und „fleißigen“ Arbeiter. Insgesamt fällt 2020 die gegenseitige Akzeptanz beider Länder höher als in den letzten 20 Jahren aus.

Ungeachtet der zahlreichen Fortschritte und einer zunehmenden Normalität und Freundschaftlichkeit im Verhältnis zwischen „Frau Schmidt“ und „Herrn Kowalski“, als typischen Vertretern ihrer Länder, bleibt noch viel zu tun, um in den Beziehungen noch mehr über die Zukunft als über die Vergangenheit zu sprechen und Deutschland und Polen wirklich zu einer „Interessengemeinschaft in Europa“ zu entwickeln, wie es der polnische Außenminister Skubiszewski 1990 als Ziel formuliert hatte.

Aus (bearbeitet und aktualisiert): Kneip, Matthias; Mack, Manfred: Deutsche und Polen nach 1989. Vom Nachbarschaftsvertrag zur Nachbarschaft. In: Dies.: Polnische Geschichte und deutsch-polnische Beziehungen. Berlin: Cornelsen 2007, S.120ff.

Kucharczyk, Jacek; Łada, Agnieszka: Nachbarschaft mit Geschichte: Blicke über Grenzen. Deutsch-Polnisches Barometer 2020. Warschau/Darmstadt: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Konrad-Adenauer-Stiftung/Deutsches Polen-Institut 2020.

Stadnicki, Adrian (2021): Robustheit trotz Corona. Die deutsch-polnischen Handelsbeziehungen. In: Polen-Analysen, 272, 2-5. <https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/272/robustheit-trotz-corona-die-deutsch-polnischen-handelsbeziehungen/>